

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1849

26.10.1849 (No. 255)

Karlsruher Zeitung.

Freitag, 26. Oktober.

N. 255.

Vorausbezahlung: jährlich 8 fl., halbjährlich 4 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 8 fl. 30 kr. und 4 fl. 15 kr.
Einzugsgebühren: die gestaltete Petition oder deren Raum 4 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrich-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden.

1849.

Sine Finanzfrage.

Karlsruhe, im Okt. Nur äußerst wenigen europäischen Staaten ist bis jetzt die vollständige Befriedigung ihrer Staatsbedürfnisse gelungen, ohne ein Anlehen aufzunehmen zu müssen. Die Art, solche Staatsschulden zu kontrahiren, ist verschieden. In aussergewöhnlichen Zeiten, in denen die Regierung glaubt, mehr als sonst auf die Vaterlands-Liebe treuer Bürger rechnen zu dürfen, besonders wenn die Dringlichkeit des Anlehens und die Ursachen des außerordentlichen Aufwandes klar vor Augen lagen, wenn der Zweck desselben zum Theil die Erhaltung des Staats und seines Credits betraf, in solchen Zeiten kam es öfters vor, daß die Staatsverwaltung an die vaterländische Gesinnung seiner Bewohner appellirte, und auf diese Weise in kurzer Zeit bedeutende freiwillige Anleihen zu Stand brachte. Im Jahr 1796, als man in London schon ein Zwangsanlehen beabsichtigte, kam in England in 4 Tagen ein freiwilliges Anlehen von 216 Millionen Gulden zusammen. Auch Frankreich, durch die Ereignisse des Jahres 1830 in Finanznoth gerathen, eröffnete im folgenden Jahr unter dem Namen prêt national ein freiwilliges Anlehen, das in kurzer Zeit über 21 Millionen Franken eintrug. In Holland trugen im Jahr 1844 alle Volksklassen willig zu einer derartigen Anleihe von 127 Millionen bei. Im Jahr 1849, nach den Siegen Kadeßy's in Italien, nach Unterdrückung der ungarischen Insurrektion, befragte sich Oesterreichs Finanzverwaltung nicht sehr befriedigend; es eröffnete ein freiwilliges Anlehen, und in kurzer Zeit waren die gewünschten 60 Millionen und selbst noch mehr gezeichnet. Auch das Großherzogthum Baden, sonst als ein sehr wohlhabendes Land geachtet, in Jahresfrist von drei Revolutionen heimgesucht, in deren letzter namentlich große Summen vergeudet wurden, sieht sich in seinen Finanzverhältnissen gedrückt; die oberste Finanzbehörde schreibt auch hier ein freiwilliges Anlehen aus, und — es kommt zum großen Theil nicht zu Stande.

Je überraschender, je betrübender dieses Ergebnis ist, je seltener die Fälle sind, in denen sich eine Finanzverwaltung so sehr verlassen sieht von der Unterstützung vermögender Bürger, um so wichtiger dürfte es seyn, die eigentlichen Gründe kennen zu lernen, deren Folgen wir in kurzer Zeit schwer beklagen dürften.

Die Bedingungen, unter denen das Anlehen ausgeschrieben ist, sind durchaus annehmbar. Es werden 5% Zinsen gezahlt, und die zum Nominalwerthe ausgegebenen Papiere werden eben so wieder eingezogen; sie eignen sich demnach weniger zu künstlichen Spekulationen, und werden also nicht so sehr, wie andere Verschreibungen, dem flüchtigen Schwanken der Kurse ausgesetzt seyn: ein Umstand, welcher Jedem, der ein sicheres Anlegen seines Geldes einem ungewissen höhern Gewinn vorzieht, nur erwünscht seyn konnte. Auch Mangel an Kredit kann nicht der Grund der geringen Theilnahme seyn. Der Kredit eines Staates ist das Vertrauen, daß derselbe zahlen könne, wolle, und müsse. Dafür bürgt uns aber mehr als hinreichend der Wohlstand des badischen Volkes, der gute Zustand des badischen Finanzwesens, und die Festigkeit unserer Staatseinkünfte. Wenn auch der Wohlstand Badens, der fast sprichwörtlich geworden war, mannigfach gelitten hat unter den schweren Schlägen der letzten Jahre, so ist er doch lange nicht vernichtet; wenige Jahre der Herrschaft des Gesetzes und der Ordnung werden ihn wieder neu belebt und selbst erhöht haben. Die Einrichtung des badischen Finanzwesens ist die eines wohlgeordneten, soliden Staatshaushaltes; eine Anerkennung, welche demselben auch stets von außen zu Theil wurde, und bei Anleihen im Ausland öfters von entschieden günstiger Wirkung war. Unser durch die Einführung der Kapitalsteuer nunmehr zusammenhängendes Steuersystem wird überwiegenden Anhang finden. Durch die Kapitalsteuer wird die Zahl der Steuerpflichtigen vermehrt, die Summe der Steuergegenstände vergrößert, somit die Hilfsquellen der ordentlichen Einkünfte des Staats erweitert, und demselben die Fähigkeit gegeben, mehr leisten zu können, als früher, so daß die Zinsen des freiwilligen Anlehens mehr als hinreichend gedeckt sind. Wenn es auch ein großer Fehler wäre, von jeder neuen Steuer eine solche günstige Wirkung für den Staatskredit zu hoffen, so dürfen wir sie doch speziell von der badischen Kapitalsteuer erwarten, denn dieselbe ist so vorsichtig und in so geringer Quote umgelegt, daß durchaus nicht zu fürchten ist, sie möchte das Kapital angreifen und somit schädlich werden; sie kann ohne Beschwerde vom reinen Einkommen der betreffenden Kapitalisten erübrigt werden, wenn sie nicht gar von denselben mit der Zeit ganz überwältigt wird. Ueberdies hat Baden, auf den Kopf gerechnet, außer Hesse-Darmstadt unter den deutschen Staaten die kleinste Staatsschuld. Was endlich die Festigkeit unserer Staatsverfassung betrifft, so dürften hiefür die Garantien nunmehr als ziemlich sicher und von dauernder Festigkeit angesehen werden.

Wenn wir den Kurs als Maßstab des Vertrauens in unsere nunmehr konsolidirten Zustände betrachten wollen, so zeigt er uns einen sehr befriedigenden Stand unserer Papiere im Ausland. Die badischen Papiere stiegen, seit die preussischen Truppen sich bei Frankfurt zu sammeln begannen. Wie-

wohl wir entfernt sind, unbedingt aus dem Stand des Kur-ses Schlüsse zu ziehen, so glauben wir doch jedenfalls mit mehr Gewißheit annehmen zu dürfen, daß das damalige Steigen der badischen Papiere (Ende Mai) eher eine Folge der erwarteten preussischen Hilfe war, als ein Vertrauen in den Bestand und in die Ehrlichkeit der badischen Republik, wie es in der damaligen Karlsruher Zeitung behauptet wurde.

Der Mangel an disponiblen inländischen Kapital könnte für die geringe Theilnahme an dem freiwilligen Anlehen ein fernerer Grund seyn. Doch die überall bestätigte Stockung einzelner Gewerbe, die manche Kapitale zu anderweitiger Verfügung stellte, und das bekannte, aus zu großer Mangelhaftigkeit herrührende Ansammlen größerer Baarvorräthe von Seiten der Mehrzahl der Besitzenden zeigt, in Verbindung mit den allgemeinen Resultaten der Kapital- und Vermögensaufnahme behufs der Besteuerung (die speziellen Ergebnisse müssen nach dem Befehle strengstens geheim gehalten werden), daß dieser Umstand, wenn auch vielleicht zum kleinen Theil einwirkend, doch nicht allein im Stande war, ein so schlechtes Ergebnis zu erzielen.

Somit sind nach Obigem weder die Bedingungen des freiwilligen Anlehens, noch eine etwaige Abnahme des Staatscredits, noch ein Mangel an verfügbarem Kapital, sämtlich Punkte, die eine umsichtige Finanzverwaltung hätte voraussehen können, schuld an dem Scheitern dieses Unternehmens.

Den eigentlichen Grund der geringen Theilnahme müssen wir, wenn auch nicht in gänzlichem Mangel an Vaterlands-Liebe und Aufopferungsbereitschaft, doch in einer gewissen unüberwindlichen Laueheit und Gleichgültigkeit für die vaterländischen Interessen suchen. Wir müssen es aus-sprechen: es ward im badischen Land vergebens die vater-ländische Gesinnung der Bewohner angerufen. Wir wollen damit nicht sagen, daß sie denselben abgehe; wir sind vom Gegentheil überzeugt. Aber wir wollen sagen, daß sie bei Vielen schlummere und nicht leicht zu wecken sey; daß sie bei Andern zwar erwacht, doch aus Unkenntnis der Verhält-nisse und deren Folgen minder edeln Gesühnen hintange-setzt wurde. Erstere hätte man vielleicht aufzuklären können durch größeres Verbreiten der eindringlichen Ansprache, mit welcher das Finanzministerium zur Theilnahme an freiwilligen Anleihen einlud, so wie durch eifriges, thätiges Bemühen sämtlicher Finanzbeamten, welche in den verschiede-nen Landesgegenständen, mit den Vermögensverhältnissen und den Einstellungen der Bürger bekannt, die Theilnahme an demselben gleichsam zu einer Ehrensache hätten machen müssen.

Auch durch geeignete Belehrung hätte vielfach gewirkt werden können; denn es ist fast unbegreiflich, wie weit sich Einzelne durch falsch verstandenen Egoismus und durch vermeintliche Raschheit oft von ihrem eigenen Vortheil entfernen. Es sind uns mehrere Gegenden des Landes, namentlich im Oberrhein, bekannt, die für keinen Kreuzer Kredit mehr haben. An diesem beklagenswerthen Resultat sind aber, außer der mangelhaften niederen Rechtspflege, meist die Bewohner selbst schuld. Sie säumen mit ihren Zahlungen, bis es zur Pfändung kommt, und dann verabreden sich die ganze Gegend, den Gläubiger, in dem sie, statt seinen hilf-reichen bisherigen Verstand anzuerkennen, ihren gemeinsamen Feind und Gegner sieht, so sehr wie möglich in Verlust zu bringen. Was Wunder, daß solchen Leuten Niemand mehr borgen will, und daß nur gegen ganz übermäßige Zinsen ein Kapital dahin seinen Weg nimmt! Dieselben niedern Triebfedern, welche hier den Kredit Einzelner völlig zu Grunde richten, werden nun auch benützt, dem Kredit des Staates zu schaden. Man hört häufig: „hätte der Staat die Kapitalsteuer nicht eingeführt, so würden wir ihm unsere Kapitale geliehen haben.“ Also weil der Staat alle Kapitale, die ihm selbst, so wie die an Privatleute geliehenen, mit $\frac{1}{10}$ % besteuert, deshalb soll ihm nicht mehr geborgt werden? Wird ein Kapital, das jährlich den zwanzigsten Theil als Einkommen abwirft, angegriffen werden, wenn der tausendste Theil als Steuer bezahlt werden soll? Wird denn dem Staat dadurch, daß man ihm Nichts leiht, die Steuer entzogen?

Aber etwas wird doch dadurch erzielt: nämlich daß der Staat ein Anlehen im Ausland mit größeren Opfern wird kontrahiren müssen, und daß er dadurch vielleicht gezwungen wird, um die höheren Zinsen beizubringen, wiederum eine neue Steuer auszuschreiben. Ist ein solcher Unmuth über die Kapitalsteuer vernünftig, wenn er nur die schlimmen Folgen erhöht, ohne im geringsten zu nützen?

Die Herrenpartei.

Unter dieser Ueberschrift bemerkt die in Württemberg erscheinende „neue Zeit“ in treffender Weise:

Es ist einer der kopsloseten und — freilich kein Lob für einen Theil unseres Volks! — einer der wirksamsten Kunstgriffe der Demokraten, ihre Gegner als die „Herrenpartei“ zu bezeichnen. Damit wollen sie behaupten, daß sie für das Volk, die Gegner der Demokraten aber für die Herren sorgen. Sagt mir aber doch, ihr, die ihr den Demokraten

diese Lüge geglaubt habt, wie ein Evangelium, was und wer sind denn die Herren? Sind's etwa die Leute, die keine Leberhosen und keinen Zwilchrock, keinen Dreispiz und keine Pelzkappe tragen? Ach nein, Das kann den „Herrn“, im Gegensatz gegen den Volksfreund, nicht ausmachen; denn die H. H. Schöber, Seeger, Zeller, Schnitzer u. sind alle herrenmäßig gekleidet, und ihre Frauen werden auch nicht in Wisting und Bändelhauben laufen. Oder sind die „Herren“ die Leute, welche Kapital und Zins nicht gerne den Nothen zum Theilen überlassen möchten? Ei, probirt's einmal mit dem nächsten besten demokratischen Staatsdiener, der dritthalbtausend Gulden Besoldung hat, ob er so volks-freundlich ist, sie mit euch zu theilen! Oder sind Diejenigen die „Herren“, welche ein obrigkeitliches Amt haben? Das kann's wieder nicht ausmachen, denn die obengenannten und viele andere Demokraten haben auch ein Amt, und in jedem Dörlein sind und müssen Männer seyn, die ein Amt haben.

Was sind denn die „Herren“ also und die „Herrenpartei“? Nichts als ein demokratischer Pelzmärkte, mit dessen Namen man entweder auf den Unverstand spekulirt und euch fürchtig machen, oder — den Neid und Haß gegen andere Stände rege machen will. Wer aber Vernunft und ein wenig Erkenntnis hat, der weiß, daß auch das Staatsleben ein Leib ist, dessen mannigfach gestaltete und begabte Glieder aneinander hängen und zu einem Lebenszweck neidlos zusammen-wirken müssen; daß aber der Leib zu Grunde geht, wenn die Füße das Haupt und die Augen und Ohren hasen und zu ihnen sagen: „ich bedarf dein nicht!“

Deutschland.

3 Karlsruhe, 25. Okt. Stand der Cholerafranken in der Stadt Mannheim am 24. Okt.:

Zugegangen	—
gestorben	2
genesen	19.

Mannheim, 22. Okt. (Bad. M.) Vorgestern Abend kamen hier gegen hundert preussische Soldaten, lauter Bers-tümmler, an. Wie wir hören, sind diese unglücklichen Opfer des Kampfes jetzt auf dem Rückweg in ihre Heimath be-griffen.

Stuttgart, 19. Okt. (Allg. Z.) Wir vernehmen, daß die österreichische Regierung den Wünschen der bayrischen bereitwillig entgegengekommen ist, und daß in der nächsten Zeit (wie behauptet wird, schon vom 1. Dez. d. J. an) eine Telegraphenverbindung zwischen Wien und München über Salzburg hergestellt werden wird; — eine Abzweigung an das an Kommunikationsmitteln so arme südwestliche Deutschland, die wir mit freudigem Danke begrüßen. Denn es ist wahr, daß das Land zwischen dem Rhein, dem Jan, und den österreichischen Gränzen durch Versäumnis seiner einheimischen und durch konsequente Wahrnehmung der entgegenstehenden Interessen in seinen kommerziellen Verhält-nissen aufs äußerste verlegt ist. Die Eisenbahn-Linien und Telegraphenverbindungen von Triest über Wien nach Ber-lin einerseits nach den Ostseehäfen, andererseits mit Ham-burg, Bremen, und dem Rhein begründen die entschiedene kommerzielle Ueberlegenheit des übrigen Deutschlands vor dem südwestlichen, soweit dieselbe durch die Raschheit der Verbindungen bedingt ist. Am schlechtesten kommt der Han-delsstand Württembergs weg. Wenn der Hamburger und Bremer, wenn der Kölner Spekulant die Waarenpreise von Triest und die Kurse der Wiener Börse um 2 und 3 Tage früher erhält als der Stuttgarter, Ulmer, und Heilbronner Kaufmann, wenn der Kölner drei Tage früher als der Stuttgarter Indigohändler den Preis dieser Waare erfährt, und daher dem Letzteren um eben so lange mit seinen Bestel-lungen vorauszuweilen im Stande ist, so mag der Beweis ge-führt seyn, daß Württemberg durch seine Abgeschlossenheit in seinen Handelsbeziehungen beeinträchtigt und außer Stande ist, den nach der Betriebsamkeit seiner Geschäftsleute ihm gebührenden Antheil am Verkehr zu nehmen.

Um so mehr dürfen wir beklagen, daß die dem südwest-lichen Deutschland durch die Eingangs erwähnte Telegra-phenverbindung zwischen Wien, Salzburg, und München zu-gedachte Verbesserung seiner Kommunikationen uns wieder nur in verjüngtem Maßstabe zu Theil werden wird. Der Grund liegt darin, daß die Eisenbahn der Post verschlossen ist. Wir begreifen recht gut, weshalb man dem Erb-Land-Postmeister nicht den Genuß der Eisenbahn hat verschaffen wollen. Man besorgte damit seine Einnahmen zu erhöhen, seine Ausgaben zu mindern, und, da man ihm obnein einen horrenden Gewinn durch den Postbetrieb in Württemberg nachgerechnet hatte, einen noch größern Geldstrom als bis-her in seinen Säcke zu leiten, während die Vortheile der er-leichterten Verbindung dem Rechte und der Billigkeit nach Demjenigen zugute kommen sollten, welcher sie geschaffen hatte, — also dem Staate, beziehungsweise den Steuerpflich-tigen oder dem Publikum, welches die Eisenbahn erbaut und welches sie zu unterhalten hat. In so fern hatte der ständische Antrag einen vernünftigen Sinn, den Postinhaber während

der versuchten Abfindungsverhandlungen nicht zur Eisenbahn zugulassen, was mit andern Worten so viel heißt, als den Stand der Dinge nicht so zu verändern, daß der Erb-Land-Postmeister ein noch größeres Interesse an der Erhaltung des Postrechts nachweisen, oder seine Betriebsausgaben mindern und von dem Staate dennoch eine höhere Entschädigungssumme fordern könne. Aber daß dem Publikum der Vortheil der Eisenbahn-Verbindung vorenthalten werden sollte, ist damit nicht bezweckt worden.

Die Ursache, weshalb ganz Württemberg mit der Regierung darin einverstanden war, die Posten an den Staat zurückzugeben, hat nicht ihren Grund in einer Abneigung gegen den gegenwärtigen Inhaber oder seine Verwaltung, sondern sie beruht in dem von der Regierung erteilten Versprechen, die Posten lediglich unter dem national-ökonomischen Gesichtspunkte und nicht unter dem finanziellen zu behandeln, daher dem korrespondierenden Publikum jede Erleichterung und jede Annehmlichkeit, so weit die auf den geringsten Satz ermäßigten Portoeinkünfte es nur immer gestatten, zu verschaffen, und den enormen Gewinn, welchen der Fürst Laxis gemacht hat, in den Taschen der Unterthanen zu belassen. Das wird mit Recht erwartet. Die Post soll Nichts mehr abwerfen, nur als eine große Wohlthätigkeitsanstalt wirken. Aber folgt daraus, daß, so lange die der Natur des Verhältnisses nach zeitraubenden Verhandlungen mit dem Fürsten Laxis dauern, das Publikum sich der erheblichen Vortheile der Eisenbahn-Verbindung beraubt sehen muß? Ist es schlechterdings nöthig, den Brief- und Zeitungsverkehr in Fesseln zu lassen, Handel und Industrie zu benachtheiligen, um bessere Bedingungen von dem Fürsten Laxis zu erhalten? Sollte es nicht juristisch möglich zu machen seyn, was ohne die Minderung der Ausgaben dem Staate gegenüber in Anspruch zu bringen, und könnte nicht, wenn ein Interim solcher Art angewendet würde, zugleich auf Entschädigung für die Bahndienung durch die Post, und auf eine großartige Portomoderation hingewirkt, dadurch dem Fürsten Laxis noch ein neuer Antrieb zur raschen Auflösung seines Rechtsverhältnisses gegeben, dem korrespondierenden Publikum Genüge geleistet, und der Staatskasse ein Vortheil zugewendet werden, der, in Betracht der schlechten Verzinsung unseres Eisenbahn-Kapitals, wahrlich nicht genug zu schätzen ist?

Der Erb-Land-Postmeister wird wohl um so eher auf großartige Erleichterungen im Verkehr eingehen, als er die Post ja doch nicht behalten wird; die Staatsregierung kann mit um so besserem Gewissen sie schon jetzt erstreben, als sie gewiß seyn darf, daß das Volk bei den eröffneten Aussichten und erteilten Versprechen sie festzuhalten entschlossen ist, und beiderseits würde jedem nachtheiligen Einfluß auf das gegenwärtige Liquidationsgeschäft durch den Verzicht zu wehren seyn, die Ergebnisse des Provisoriums sich irgend in Anrechnung zu bringen. Der Winter naht heran, und mit ihm die Zeit, wo die Nichtbenützung der Eisenbahn für den Postverkehr am schwersten empfunden wird. Wie traurig, wenn das Interesse der Industrie sich immer und immer selbst vertreten muß, und nirgends aus freiem Antriebe Schutz und Förderung finden soll!

Stuttgart, 24. Okt. Wie man vernimmt, hat der Kriegsminister General v. Müllin in ersterer Eigenschaft den König gestern seine Entlassung eingereicht. Als wahrscheinlicher Nachfolger desselben wird fast allgemein der bisherige Chef des Generalstabs, Oberst Bauer in Ludwigsburg, ein sehr unterrichteter, allgemein geachteter Offizier, genannt.

Das 7. Infanterieregiment, welches heute auf dem Marsche nach seiner neuen Garnison Ulm durch Cannstadt marschirte, wurde daselbst von Sr. Maj. dem König in der frühen Morgenstunde gemustert.

Unsere Weinlese ist im vollen Gang. Die Qualität fällt nicht unbedeutend besser aus, als man erwartet hatte, was man der gleichen Reife der Trauben zuschreibt.

Stuttgart bevölkert sich allmählig wieder. Viele der abwesenden Familien kehren nach der Hauptstadt zurück, welche sie vor Monaten mit großen Besorgnissen verließen.

Ludwigsburg, 23. Okt. (L. Tagbl.) Gestern Abend halb 10 Uhr ist hier ein tiefstehendes Nordlicht, in einer Ausdehnung von ungefähr 30 Grad, gesehen worden, das gegen 20 Minuten lang andauerte, und bei dem die eigenthümliche Erscheinung wahrgenommen wurde, daß es weißer, hellleuchtende Strahlenbündel in die Höhe schob, welche bis in die Gegend des Polarsterns reichten. Wetterkundige wollen aus einer solchen Erscheinung auf den einige Wochen später erfolgenden Eintritt harter Kälte schließen.

Ulm, 23. Okt. (Schw. M.) Auf Grund eines Beschlusses des vormaligen Deutschen Bundes, wonach die Bundesfestung Ulm mit 3000 württembergischen, 3000 österreichischen, und 3000 bayrischen Truppen zu besetzen ist, soll unsere Regierung eingewilligt haben, daß Ulm nunmehr eine österreichische Besatzung erhalte.

München, 20. Okt. (Vamb. Z.) Der erste Ausschuss der Kammer der Abgeordneten hat in seiner heutigen Sitzung mit großer Majorität beschlossen, zu einem Vorführungsbeschlusse gegen den Abgeordneten Schüler seine Zustimmung zu geben, mit dem Vorbehalt, daß wenn ein Verhaftungsbeschlusse gegen denselben erlassen werden sollte, auch hiezu die Genehmigung der Kammer zu erholen sey. Da nach dem in der Rheinpfalz geltenden französischen Recht auch in Folge eines Vorführungsbeschlusses eine provisorische Untersuchung Haft verhängt werden kann, so hat dieser Beschlusse seinen Folgen nach im Wesentlichen dieselbe Wirkung, als wenn der Verhaftungsbeschlusse genehmigt würde. Schüler ist wenigstens dadurch gehindert, in die Kammer einzutreten.

Darmstadt, 23. Okt. Im Monat September 1849 wurden auf der Main-Neckar-Eisenbahn 94,558 Personen

befördert. Die Einnahmen betragen in dieser Zeit: a) für Transport von Personen 54,753 fl. 10 kr., b) von Gepäck 3377 fl. 37 kr., c) von 37,185 Ztr. Frachtgut 12,260 fl. — kr., d) von Equipagen 702 fl. 56 kr., e) von Vieh 295 fl. 40 kr. Summe der Einnahme 71,389 fl. 23 kr.

Frankfurt, 17. Okt. (Köln. Z.) Bekanntlich sind vor einigen Wochen, und zwar wunderbarer Weise gerade in dem Augenblick, wo die französische Regierung ihre Auslieferung nach Frankfurt endlich beschlossen hatte, die des Nordes von Lichnowsky und Auerwald bezichtigten Individuen aus der Festung Verdun entflohen, und über Belgien nach England gelangt. So eben verbreitet sich hier die Nachricht, daß dieselben in England verhaftet sind. Wir würden also bei den demnächst zu eröffnenden Assisen vielleicht auch diesen Prozeß schon verhandelt sehen.

Wiesbaden, 23. Okt. (Deutsche Z.) Heute hatten wir, bei gebrängt vollem Saale, den ersten Pressprozeß vor den Assisen. Der Redakteur der Freien Zeitung, J. Oppermann, und die Buchhändlergehilfen Kimbarth und Frauenholz saßen auf der Bank der Angeklagten. Oppermann war des Hochverrats angeklagt, weil er in mehreren Artikeln der Freien Zeitung zum Aufruf aufgereizt und den König von Preußen beleidigt, und weil er mit Kimbarth und Frauenholz aufrührerische Schriften (den Aufruf der provisorischen Regierung in Baden an die deutschen Heere) verbreitet habe.

Der Morgen ging größtentheils mit der Abhörnung von Zeugen hin; die Nachmittags füllte die Anklage des Staatsanwalts und die dreistündige Verteidigung Oppermanns. Die Sitzung wurde darauf bis auf morgen vertagt.

Dresden, 18. Okt. (S. Bl.) Außer Professor Wigard und Professor Rogmähler in Tharand sind auch die Advokaten Bormann, Frisliche, und Leonhardi in Tharand von Ausübung der juristischen Praxis suspendirt worden.

Die „freimüthige Sachsen-Zeitung“ vom 19. Okt. beginnt eine kurze atemmäßige Darstellung der hauptsächlichsten Ergebnisse der über die während des Dresdner Aufstandes theils versuchten, theils wirklich verübten Brandstiftungen angestellten Erörterungen bis zum Schlusse der Generalakten. Es stehen hienach unter den mannigfachen gemeinen Verbrechen, welche während des Maiaufstandes angebracht sind, die an verchiedenen Punkten in Dresden verübten Brandstiftungen als die schwersten obenan; das große Opernhaus, drei Häuser auf der Zwinglerstraße bilden die Schauplätze dieser verbrecherischen Unternehmungen. Was die Brandstiftung am großen Opernhause und die derselben vorangegangenen Ereignisse betrifft, so hat sich aus der Erörterung ergeben, daß dieselbe von 3-4, nach Andern von 5-6 Personen, sämmtlich wie gewöhnliche Handarbeiter mit Jacken und Schürzen bekleidet, begangen worden sind.

Nach der Angabe des seitigen Kommandanten der Kommando-Kommunalgarde, Stadtraths Wilhelm Scheufler, soll der Befehl zur Anzündung des Opernhauses vom damaligen Oberkommandanten, Oberleutnant Heintze, ausgegangen seyn.

Dresden, 19. Okt. (D. Ref.) Da die bisherigen Wahlberichte nur die Resultate der einzelnen Gemeindeabtheilungen enthalten, so ist noch kein weiteres definitives Ergebnis bekannt, als für Dresden in der Ersten Kammer v. Carlos wig (früher Minister) und Küttner (Finanzprokurator), Zweite Kammer Prof. Wagner und Geh. Rath Held (früher Minister), sämmtlich dem Centrum angehörig. Leider gehen aus den Provinzen für die Zweite Kammer Nachrichten ein, welche eine Zersplitterung der Stimmen des Centrums und manche Majorität der radikalen Partei melden. In Neustadt-Dresden wird gegen Oberst Frederici wahrscheinlich der Oberleutnant a. D. Müller — bekannt durch seine von der Linken provozirten militärischen Reformentwürfe in der vorigen Kammer — durchkommen, und in zwei Vorstädten Dresdens sogar der in Untersuchung befindliche, bei den Maiereignissen besonders gravirte Adv. Blöde. Wenn bei der letzteren Wahl dieses noch dazu sehr unbedeutenden republikanischen Schildträgers schon die radikale Stimmung der Stadttheile beklagenswerth ist, so ist es in noch höherem Grade die politische Unfähigkeit der Wähler, welche sich bei der Wahl in einer so zwecklosen, hohlen Demonstration ergab, da gefehlt die Nichtertragsfähigkeit der suspendirten Maiangeklagten in die Kammer klar feststeht. Bezeichnend für die militärischen Zustände Sachsens ist die Abstimmung der Militärs; denn es hat sich ergeben, daß 3. B. hier in Dresden nicht bloß die Hälfte, sondern in einigen Bezirken die Majorität für radikale Kandidaten stimmte.

Berlin, 22. Okt. Der Prinz von Preußen begibt sich in diesen Tagen nach dem deutschen Südwesten zurück und wird seinen Weg nach dem Großherzogthum Baden über Koblenz nehmen. An der Gränze Westphalens wird der Prinz von dem Oberpräsidenten dieser Provinz, Hrn. v. Bodelschwingh, empfangen werden.

Aus allen Theilen der Monarchie laufen noch fortwährend Berichte ein über die feierliche Einholung der von dem Feldzug heimkehrenden Landwehr. Ueberall werden ihr die ehrenvollsten Auszeichnungen zu Theil, und die Behörden und Gemeinden weiters in den Bezeugungen ihrer Dankbarkeit und Anerkennung für das rühmliche Verhalten der Angehörigen.

Der König hat dem Komitee, welches am vergangenen Freitag die Vorstellung im Opernhaus zum Besten der Wittwen und Waisen der gefallenen preussischen Krieger veranstaltet hat, 20 Friedrichsdor als Beitrag zukommen lassen.

Nach hier eingetroffenen Nachrichten ist Dr. Jacoby bereits in Königsberg angekommen, um der von dem Oberlandesgericht an ihn ergangenen Ladung Folge zu leisten.

Berlin, 22. Okt. Unsere hiesigen und die schlesischen Seidewaren-Manufakturen haben auf der diesjährigen

Margarethenmesse zu Frankfurt a. D. sehr gute Geschäfte gemacht, indem sie fast ihr ganzes Lager (man rechnet über 1/2 desselben) abgesetzt haben. Trug zu diesem günstigen Ergebnis einerseits die Besorgung bei, daß die Seide im Preise steigen werde, so hatte andererseits die Güte und Schönheit des Fabrikats ihren wohlverdienten Antheil daran. Ueberhaupt scheint der Verlauf der Messe die 8871 Messfremden (1148 mehr, als im vorigen Jahre) im Allgemeinen ziemlich zufrieden gestellt zu haben.

Gestern Mittag sollte hier in der Schadowstraße eine, wie man vermuthete, nicht angemeldete Versammlung obrigkeitlich aufgehoben werden. Die dazu beorderte Schutzmannschaft begab sich unter Nachfolge eines großen Publikums hin, fand aber daselbst eine angemeldete Freundschaftsversammlung, von der nur die Anzeige vergessen worden, daß sie zufällig genöthigt war, rasch ihr Versammlungsort zu wechseln. Die Versammlung bekam die nachträgliche Erlaubnis, fortzutagen.

Im Kreise Halberstadt und im Kreise Gardelegen, wo viel Hopfen gebaut wird, klagt man, daß die Hopfenärnte in diesem Jahre in Folge erlittener Frostes gänzlich verloren gegangen sey.

In Königsberg a. M., Regierungsbezirk Frankfurt, einer Stadt von 5500 Einwohnern, hat die Cholera auf der breitesten Grundlage gewüthet. Im Monat September starben von dieser geringen Bevölkerung nicht weniger als 225 Personen. Jetzt hat die Seuche daselbst beinahe aufgehört.

Stettin, 19. Okt. (Pstseez.) Von den Seewehr-Offizieren der preussischen Marine werden 14 entlassen; es steht daher zu erwarten, daß dieselben zum Dienste auf den Handelschiffen zurückkehren werden. Das Kriegsministerium steht in Unterhandlung, mehrere holländische Seeoffiziere zu gewinnen, deren praktische und theoretische Bildung bei der weitem Organisation zu Hilfe gezogen werden soll. Bekanntlich ist der Kommodor Schröder ebenfalls aus dem holländischen Staatsdienste in den preussischen übergetreten.

Wien, 18. Okt. (Fid. Post.) Gestern fand im Schloß von Laxenburg ein Bankett zu Ehren der hier versammelten Deputationen der deutschen Eisenbahn-Verwaltung statt. Das Bankett, vom Handelsministerium veranstaltet, war nicht ohne politische Bedeutung. Schon der Umstand, daß sämtliche Minister (mit Ausnahme des Grafen Gyulai und des Baron Kraus) dem Bankett beizuhöhen, gab ihm eine politische Färbung, welche aber noch mehr erhöht wurde durch den Umstand, daß das Fest, bei welchem Repräsentanten aller deutschen Länder versammelt waren, einen Tag nach der Publikation des Vertrags über die deutsche Zentralgewalt und einen Tag vor der Jahresfeier der Schlacht bei Leipzig stattfand. Zwischen allen Tischen klang die Bedeutung dieses Moments durch. Der Ministerpräsident Fürst Schwarzenberg, der auf das Wohl der Abgeordneten einen Toast brachte, sagte unter Anderm sehr bedeutungsvoll, daß die Einigkeit die Grundlage der Einheit bilden müsse. Hr. v. Schmerling brachte einen Toast auf das Wohl Deutschlands aus. Hr. v. Brud wies auf die Bedeutung des 18. Oktobers hin, und auf die Brüderlichkeit, mit welcher Deutschland und Oesterreich damals für ihr gemeinsames Interesse kämpften, wie auf die Gemeinlichkeit der großen Interessen, die in Gegenwart und Zukunft Oesterreich und Deutschland verknüpfen. Haben wir die Rede des Hrn. Handelsministers richtig aufgefaßt, so lag darin eine starke Perspektive für eine baldige Jollannäherung an Deutschland.

Yikant war auch ein kleines Zwischengespräch, das später in einer kleinen Gruppe, in welcher sich Hr. v. Brud befand, stattfand. Ein Hannoveraner äußerte einem dem Zollvereins-Staaten angehörenden Abgeordneten gegenüber mit großer Selbstzufriedenheit und nicht ohne einen beifallslustigen Seitenblick auf den Minister, daß in Hannover noch der Steuerverein und nicht der Zollverein bestehe, und daß will's Gott der Zollverein noch lange von Hannover ferne bleiben werde. „Da werden wir uns viel eher verständigen“, sagte Hr. v. Brud zu dem Zollvereins-Mann mit einer feinen Wendung; „wir werden unsern Tarif etwas herabstimmen, Sie werden ihn etwas erhöhen, und am Ende werden wir uns glücklich zusammenfinden.“

Wien, 20. Okt. (Allg. Z.) Morgen früh verläßt uns der Marschall Radetzky und begibt sich nach Verona. Heute empfing der Feldzeugmeister noch die Besuche des Kaisers, der Erzherzog Ferdinand, Leopold, und der ganzen hiesigen Generalität.

Auch die hier noch anwesenden Mitglieder des deutschen Eisenbahn-Kongresses stellten dem Marschall vor ihrer Abreise einen Besuch ab. Dieser Kongreß hat gestern seine Sitzungen geschlossen. Für nächstes Jahr wurde Nachen gewählt.

Der Banus wurde von einem Choleraanfall heimgesucht, befindet sich aber wieder auf dem Wege der Besserung.

Oesterreichische Monarchie.

Wetz, 15. Okt. (Nürnb. Korr.) Seit kurzem hat unser Militärgericht seine Verurtheilungen und Exekutionen eingestellt; man sagt, es sey in Folge eines aus Wien eingetroffenen höhern Befehls geschehen. Die letzte Verurtheilung zum Tode traf den bekannten Paul Nyart, früher Bizegespan des Pesther Komitats, zuletzt Deputirten und eines der thätigsten Häupter des ungarischen Aufstandes. Die Hinrichtung wurde vertagt; es heißt, deshalb, weil er nach Anhörung seines Urtheils in Wahnfinn verfallen sey; nach einer andern Version soll ihm deshalb die Todesstrafe im Wege der Gnade erlassen worden seyn, weil er einer der Wenigen war, die in Debreczin gegen die Entfesselung des Hauses Habsburg-Votirungen protestirten. Der am 10. d. M. durch den Strang hingerichtete Csanyi wurde fast von Niemand bedauert. Seine ganze Laufbahn bezeichnete er durch die ärgsten Grausamkeiten und Tyrannenien; er soll nicht weniger als 66 Menschen wegen ihrer politischen Meinun-

gen haben hinführen lassen"); er nahm sich auch bei seinem Tode feig.

Schweiz.

Bern, 18. Okt. (D. Z.) Aus verschiedenen Kantonen hört man bittere Klagen über die Flüchtlinge. So haben sich einige derselben zu wiederholten Malen in Solothurn grober Erzeße schuldig gemacht, indem sie die eidgenössischen Behörden beschimpften, aus Bosheit und Muthwillen Schlägerien anfangen, über zwei Instruktionen, die zur Ruhe mahnten, mit Messern herfielen, so daß noch mehr Polizeimannschaft requirirt werden mußte, um die Ruhe wieder herzustellen und die Schuldigen in sichern Gewahrsam zu bringen. Der Kleine Rath von St. Gallen hat beschlossen, die arbeitsfähigen Flüchtlinge zur Verbesserung von Staatsfragen zu verwenden. In Aarau, wo die Zahl der Flüchtlinge vom 29. Sept. bis 6. Okt. von 405 auf 308 gefallen ist, sollten dieselben zu Arbeiten am Exerziersplatz verwendet werden; aber sehr viele liefen schon am zweiten Tage von der Arbeit fort. Der Kanton Glarus zählt noch 84 Flüchtlinge, von denen sich aber 24 selbst erhalten.

Frankreich.

Paris, 23. Okt. Man erinnert sich des Zerwürfnisses, das zwischen Portugal und England ausbrach, weil in Malao englische Marinesoldaten bewaffnet landeten, um gewaltsam einen verhafteten Kameraden zu befreien, und dabei eine portugiesische Schildwache ermordeten. Die eingeleiteten Verhandlungen über diese Angelegenheit, welche zu einer Unterbrechung der diplomatischen Verhältnisse zu führen drohte, haben nun mit einem im Sinne Englands vertheilichenden Ergebnisse geendigt; Lord Palmerston hat nämlich eine „Untersuchung“ über jene Vorgänge angeordnet.

Zwischen dem Gendarmerie-Leutnant Petit und dem Advokaten Thourret, einem der Vertheidiger in den Gerichtsverhandlungen von Verailles, der jenen für unwürdig erklärte, die französische Uniform zu tragen, worauf der Gendarmerie-Leutnant in öffentlicher Sitzung Angeklagte und Vertheidiger für Hundssticker erklärte, fand gestern in dem Wald von Bonby ein Duell auf Degen statt, das aber zu keinem Resultat führte.

Auf der ganzen Linie der Nordbahn läßt man die bisherigen Telegraphen eingehen; dieselben sind bereits durch elektrische ersetzt.

Nach spanischen Blättern hat Lola Montez in Tolosa mit ihrem neuen Gemahl so lebhaft „Erörterungen“ gehabt, daß es zu Thätlichkeiten zwischen ihnen gekommen ist. Die Gräfin Landefeld soll Hr. Deald einen Dolchstoß versetzt, und dieser sich hierauf auf und davon gemacht haben, so daß Lola Montez in einem Gasthaus zu Tolosa ohne alle „Hilfsmittel“ zurückblieb und den Beistand des englischen Konsuls in Anspruch nehmen mußte.

Türkei.

Belgrad, 12. Okt. (Allg. Z.) Die Befehrsversuche der Mohamedaner an den Flüchtlingen in Widdin haben eine grausame Wendung genommen. Man begnügt sich nicht mehr, den Flüchtlingen mit Worten die Vortheile des Korans auszuliegen; man sucht sie mit Bajonettschüssen und Faustschlägen eines Besseren zu belehren. Die berühmte Gastfreundschaft der Türken wird hier auf eine empörende Weise geübt. Die Bevölkerung zu Widdin, aufgeregt durch die Intriken der Emirs, insultrirt die Flüchtlinge, wo sie sich blicken lassen. Läßt sich einer ohne Fesseln auf dem Haupte sehen, so wird er mit Ghiaur (Ungläubiger) — Pezevent (H...nker!) — Köpfe (Hund) angeschrien und mit Steinwürfen verfolgt. Ein Offizier der italienischen Legion, der einen Spaziergang machen wollte, wurde unter dem Vorwand, er habe desertiren wollen, arretirt. Die ihn eskortirenden Türken machten sich über ihn lustig; einer derselben sprach ihn wallachisch an, und forderte ihn auf, sich zu befehren, wodurch er augenblicklich die Freiheit erlangen könne; auf die verneinende Antwort des Offiziers

*) Die meisten dieser ohne Urteil und Recht hingerichteten Schlachtopfer waren Deutsche in Siebenbürgen, welche ihre uralten Rechte nicht dem magyarischen Despotismus unterwerfen wollten. Wenn Clangy mit aus Komorn entkommen wäre, hätte die Welt vielleicht das Schauspiel erlebt, den magyarischen Denker der Deutschen von deutschen Abdrücken mit der Fuldigung deutscher „Sympatien“ empfangen zu sehen! A. d. R.

packte der Türke ihn bei der Brust, schrie ihm sein Ghiaur zu, und versetzte ihm einen Bajonettschlag, als er sich gegen die frechen Angriffe des Gläubigen zur Wehr stellte. Ein Soldat, der sich das Schlüsselbein brach, wurde in das Spital gebracht, aber nur unter der Bedingung geheilt, seine Seele den ewigen Freuden des Korans anheimfallen zu lassen.

Der Vimbafshi (Oberst), so wie der Gouverneur der Festung, Zia-Pascha, antworten stets achselzuckend auf derlei Klagen, und behaupten mit orientalischer Weisheit: „man könne nicht Jedermann den Mund stopfen! Der Religions-eifer der Gläubigen den Ungläubigen gegenüber sey eher lobens- als tadelnswürth!“

Ein Wahlkandidat.

Im Großherzogthum Hessen hat sich ein Bewerber um die Deputirtenerschaft durch nachstehende Verkündigung empfohlen:

Der bevorstehende Landtag ist einer der wichtigsten Gegenstände unserer Zeit; es müssen deshalb Männer hierzu gewählt werden, die das Leben nicht allein von unten heraus können, sondern auch mit dem ganzen Staat bekannt und Energie besitzen, und das Volkswohl mit Ehrlichkeit u. Geistesgegenwart vertreten. Da ich nun in verschiedenen Pranken getheilt habe u. in denselben bekannt bin, u. mir von jeder das Volks-Vertrauen am Herzen angebahnt ist, daß ich wünsche, daß alle Menschen wohl gehe. weshalb nicht außer Zweifel zu ziehen ist, daß ich einer Partei angehöre, u. erlaube mir daher zu diesem Ende, als Kandidat mich über das folgende zu empfehlen.

Radingshain, den 29. September 1849.

Fisch er Inacior Grenzaufer resp. Gemeinderath.

Programm für den bevorstehenden Landtag pro 1849.

- ad 1. Dem Landtagsabgeordneten der II. Kammer muß seine feste Aufgabe verbleiben, die Hebung des öffentlichen und Privatcredits, so wie der Gewerbe soll besondere Sorge gewidmet werden. — ad 2. Die Revision der Gemeindeordnung so im freisinnigsten Geiste revidirt werden. — ad 3. Ebenso die Verfassungsurkunde, mit durchgreifender Reform im Gefolge. — ad 4. Organisirung des Exekutionswesens in allen Zweigen wodurch der Druck im Niedrigen Stande schwindet. — ad 5. Organisirung in verschiedenen Pranche. — ad 6. Ersparnisse in allen Zweigen der Verwaltung muß in Aussicht gestellt werden. — ad 7. Revision der Dienstverhältnisse. — ad 8. Verminderung der Stempeltaxe in Forderung unter 30 fl. — ad 9. Organisirung des Exekutionsverfahrens u. Einverleibung mehrerer Kategorien in eine, wodurch nur ein Excedat auf ein Tag im Ort erforderlich ist. — ad 10. Besser Stellung der fleißigstehenden Lehrer u. hauptfachliche Controlirung derselben vom Fach. — ad 11. Organisirung der Steuer-einnahme im strengsten, sowie deservente Anstellung derselben. — ad 12. Organisirung der Jagdgüter u. Anstellung der Pächter der Gehaltsbeziehung, aus der Staatskasse. — ad 13. Reuzierung der Ortseinnahme. — ad 14. Verminderung der Taxen der Anwälte, sowie überhaupt das Personal, wodurch eine ökonomische Ersparrung für Prozeis des Betheiligten erspart wird. — ad 15. Erbauung mehrerer Arbeiterhäuser, u. unter strenger Kontrolle der Müller auf dem Lande durch den Ortsvorstand. — ad 17. Verminderung der Bismister ersetzung derselben durch älterer Revidirter, der bezüglichen Control. — ad 18. Vereinfachung des Regierungswesens u. Uebertragung der Regierungskommission im Gemeindehaushalt wodurch das Personal der Reuungskammer II. Abtheilung schwindet. Fisch er.

Vermischte Nachrichten.

Der Londoner Admiralität sind erfreuliche Nachrichten über Kapitän Franklin zugekommen; es brachte sie das vom Ballfischfang zurückkehrende, jüngst in Hull eingelaufene Schiff „True Love“. Folgendes schreibt der Schiffseigner Thomas Ward am 4. aus Hull: „Anliegend überbringe ich der Admiralität zur Prüfung den Aufriß der Waffenschiß, den mir Kapitän Parker von der True Love mit seinen Bemerkungen zugestellt; daneben eine von einem Eskimo gefertigte grobe Skizze, die durch Kapitän Kerr von „Chieftain“ an Kapitän Parker gelangte. Es scheint, daß der Chieftain und andere Fahrzeugen einen oder zwei Tage vor der True Love in die Pondsbaai eingelaufen waren. Gleich bei ihrer Ankunft sind einige Eingeborne an Bord gekommen, und bevor noch irgend eine Erkundigung eingezo-gen wurde, trat einer von ihnen mit jener Zeichnung hervor, die er durch Zeichen und einige Worte den Ballfischfängern zu erklären versuchte. Er berichtete, daß zwei Schiffe während vier Jahren westlich von der Prinz-Regents-Strasse und zwei andere östlich ein Jahr lang vom Eise festgehalten worden seyen. Die beiden Schiffe, welche dort die längste Zeit zugebracht, hatten den Versuch gemacht, jenseits des Rennelsovorgebirgs vorzudringen, was ihnen nicht gelungen sey, und sie gezwungen habe, am Eingang der Prinz-Regents-Strasse zu überwintern. Seitdem war das Eis nicht gewichen. Dieser Eingeborne hatte mit seinen Genossen die vier Schiffe besiegen; im vergangenen März war die Mannschaft derselben wohl auf. Auf

diese Nachricht hat Kapitän Parker versucht, die Prinz-Regents-Strasse zu gewinnen, oder wenigstens den Lancasterfund zu untersuchen, um den Zustand des Landes auszukundschaften. Am 22. Juli brach er in Begleitung des „Advice“ von Dundee, mit welchem er zusammengefloßen war, zu dieser Untersuchungsfahrt auf. Die True Love hatte 145 Tonnen Thran, der Advice deren 140 an Bord. Dieser werthvollen Ladung ungeachtet glaubten die beiden Ballfischfänger sich diesem Unternehmen nicht entziehen zu dürfen. Am 5. August zur Crokersbaai gelangt, stießen sie auf eine Eisbank, welche die Admiralitätsdurchfahrt unzugänglich machte. Da im Westen kein Wasser zu erblicken war, waren sie zur Rückfahrt genöthigt. Längs des Eises steuernd hat Kapitän Parker am 8. August eine von Lady Franklin gesandte Kiste eingefangenes Fleisq und dreißig Saq Kohlen ausgeladen, und beim Kap Day auf Empfehlung der Admiralität die mitgenommenen Briefe, Waagen, und andere Geräthschaften abgesetzt. Nachdem sie eine hohe Stange als Zeichen für vorübergelebte Schiffe aufgerichtet hatten, sind die Kapitane am 17. wieder zu ihrem Ballfischfang zurückgekehrt. Hoffentlich werden diese Nachweisungen den Weg bezeichnen, auf welchem durch angemessene Maßregeln den tapfern Seelenten aus der gefahrvollen Lage geholfen werden dürfte, in der sie sich befinden. Falls die Admiralität Kapitän Parker in London vernehmen will, ist derselbe bereit, sich auf ihren Befehl dorthin zu begeben.“

Frankfurter Kurzgettel. Staatspapiere.

Table with columns: Frankfurt, 24. Oktober, Pr. Papier, Geld. Rows include: Oesterreich, Metalliquesobligationen, Wiener Bankaktien, Preußen, Preussische Staatsanleihe, Baden, Obligations, Frankfurt, Obligations, Kurhessen, Bapern, Darmstadt, Nassau, Würtemb., Holland, Sardinien, Spanien, Polen, Portugal.

Der Umsatz in mehreren Fonds u. Aktien war an heutiger Börse von einigem Belang. Für alle österr. Gattungen, 3% Spanier, poln. Loose, u. Verbacher Aktien zeigte sich mehr Begehr, und man bewilligte dafür bessere Preise als gestern. F. W. Nordbahn-Aktien gingen wegen ihres Reichens von Berlin zurück. Es fanden darin mehrere Verkäufe statt. Die Preise aller übrigen Fonds u. Aktien erlitten gar keine Veränderung.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

Table with columns: Okt., 7h, 2h, 9h, Thermometer, Wind, Bewölkung, Regen u. Menge, Verdunstung, Dunstverh. Rows for dates 23 and 24.

Redigirt und verlegt von Dr. Friedrich Giebbe.

Großherzogliches Hoftheater. Freitag, den 26. Oktober: 141. Abonnementsvorstellung, erste Abtheilung: Kean, oder: Genie und Leidenschaft, Schauspiel in 5 Aufzügen, nach dem Französischen, von Herrmann. Hr. Börger vom Stadttheater in Mainz: Kean zur ersten Gastrolle.

Diätetisch-medicinische Schriften. G. 156. Bei G. Braun in Karlsruhe sind zu haben: Rathgeber für Diejenigen, welche an Magenschwäche, beschwerlicher Verdauung, so wie an den daraus entspringenden Uebeln, als: Magenbrüden, Magenkrampf, Magensäure, Blähungsbeschwerden, Unregelmäßigkeit des Stuhlgangs, Verstopfung des Leibes, Schlaflosigkeit, Kopfschmerz u. s. w. leiden. Eine Schrift für Nichtärzte von Dr. Fr. Richter. Zweite Auflage. 8. Preis: 36 fr. Die Sicht heilbar! Ihre wahre Ursache, Sitz, Wesen und Verlauf, nebst einer einfachen und zweckmäßigen Heilmethode, begründet auf langjährige genaue Beobachtung und Erfahrung. Von Dr. G. Friedr. Feinr. Pfeiffer. 8. Geh. Preis: 36 fr.

G. 347. Karlsruhe. (Vermischter Heberwurf.) In der letzten Wochen Woche ist in dem Gasthaus zum Römischen Kaiser dahier ein beinahe noch ganz neuer, durchaus mit seldenen Bändern eingefasster Heberwurf von dunkelbraunem Tuch und einem Sammetkragen abhanden gekommen und wahrscheinlich aus Versehen mitgenommen worden. Es wird daher der gegenwärtige Besitzer gebeten, denselben alsbald in dem genannten Gasthose wieder abgeben zu wollen. G. 297. [312]. Karlsruhe. Verlorenes. Ein Unbemittelter, welcher seine ganze Baarschaft in Gold, in einem Papier eingewickelt, bei sich hatte, hat muthmaßlich dieselbe auf dem Waghose in Bruchsal verloren. Der redliche Finder wird gebeten, dieselbe gegen eine gute Belohnung bei der Expedition dieses Blattes abzugeben. Karlsruhe, den 23. Oktober 1849.

G. 348. Karlsruhe. Bekanntmachung. Der Unterzeichnete, welcher seine Wohnung in der alten Waldstraße verlassen und in das Haus Cä der Langen- und Kasernenstraße Nr. 1 gezogen ist, erlaubt sich das verehrliche Publikum darauf aufmerksam zu machen, daß er mit der Wohnung ein sehr großes Magazin gemietet hat, worin Möbel und sonstige Fahrnisse für ganze Paushaltungen bequem placirt und zum Verkauf aus freier Hand oder in öffentlicher Versteigerung aufgestellt werden können, ohne daß es

an dem nöthigen Raum für die Besuchenden mangelt, und empfiehlt sich zu geneigten Aufträgen hienmit bestens. Deffentliches Geschäftsbureau, Auktionsanstalt und Verkaufsstelle von G. Wore, Nachfolger des W. Kölle, Kasernenstraße Nr. 1. G. 298. [313]. Karlsruhe. Das öffentliche Geschäftsbureau von Heinrich Moys befindet sich in der Erbprinzenstraße Nr. 133, bei Frn. Kaufmann Lembke, Eck vom Ludwigsplatz. G. 151. [312]. Karlsruhe. Restaurateur-Gesuch. Durch den Bezug unseres bisherigen Restaurateurs ist die Gesellschaftswirtschaft auf den 15. April 1850 anderweitig zu vergeben. Hierzu Lusttragende wollen sich in frankirten Briefen an die unterzeichnete Kommission wenden, und dabei bemerken, ob sie die Restauration auch vor dem 15. April 1850, und wann, übernehmen können. Karlsruhe, den 16. Oktober 1849. Die Kommission der Lesegesellschaft. G. 332. [21]. Karlsruhe. Lehrlings-Gesuch. In ein hiesiges Spezereigeschäft wird ein junger

Mensch, mit den nöthigen Vorkenntnissen versehen, unter annehmbaren Bedingungen in die Lehre aufgenommen. Näheres Amalienstraße Nr. 53. G. 311. [212]. Ettlingen. Stelle-Offert. In einem badischen Städtchen ist eine Apothekerstellenstelle zu vergeben. Darauf Respektirende wollen sich an Unterzeichneten wenden. J. Feldbausch in Ettlingen. G. 331. Mainz. Weismann & Mayer in Mainz empfehlen sich in Wechsel-, Kommissions- und Expeditions-geschäften unter Zusicherung prompter und reeller Bedienung. G. 349. [21]. Ettlingen. Wintegel sind in frischer Waare und zu billigen Preisen zu haben bei Karl Prinz. G. 341. Altmünsterwald. Bekanntmachung. Unterzeichneter macht hiermit bekannt, daß er durchaus keine Forderung von irgend Jemand aus Handlungen seiner Söhne anerkennt. Altmünsterwald, den 24. Oktober 1849. Michael Weißbacher, Gerichtsbote.

G.324. Rastatt. Bekanntmachung.

Oberfeldwebel Daniel Carle vom ehemaligen Leib-Infanterieregiment, geb. von Gündlingen, Amts Breisach, wurde alsbald nach Ausbruch des Aufstandes zum Hauptmann und Bataillonskommandeur gewählt und später von der revolutionären Regierung zum Major ernannt; in ersterer Eigenschaft nahm er an dem Gefecht bei Ladenburg am 15. Juni, in letzterer an den Gefechten an der Ladenburger Brücke am 20. Juni und bei Kuppenheim am 29. Juni d. J. bewaffneten Antheil.

Derselbe, schon früher als dienst-nachlässig bekannt, wurde überwiesen, der Sache der Aufständischen sehr zugehan gewesen zu seyn, und sich in Ladenburg, nach Vertreibung der mecklenburgischen Truppen durch die Insurgenten, mehrerer Gewaltthatigkeiten schuldig gemacht zu haben.

Wegen dieser Anschuldigungspunkte vor das außerordentliche Kriegsgericht gestellt, wurde Carle in der Sitzung vom 18. d. M. nach gepflogener öffentlicher Verhandlung

des Verbrechens der Treulosigkeit und der Theilnahme am hochverrätherischen Aufzuge für schuldig erklärt, und deshalb zu einer zehnjährigen Zuchthausstrafe verurtheilt, welches Erkenntnis sofort vollzogen worden ist.

Rastatt, den 22. Oktober 1849. Im Namen der Untersuchungs-Kommission des Standgerichts: Der Untersuchungsbeamte v. Dusch.

G.325. Karlsruhe. Bekanntmachung.

Es wird zur öffentlichen Kenntnis gebracht, daß zur Liquidation und gerichtlichen Vertreibung der Erbschaftsforderungen des Kriegesärztes für die durch die Revolution veranlaßten Verluste, oder für die zu Zwecken derselben geleisteten illegalen Zahlungen eine besondere Kommission dahier niedergesetzt wurde, bestehend aus dem groß. Kriegsrathe Obermüller als Präses, Rechtspraktikanten Dr. Illmann, derzeit Amtsverwalter bei dem Oberamt Durlach, und provisorischen Regimentsquartiermeister Rechnungsführer Claus.

Die sämtlichen Kriegsverwaltungsklassen sind angewiesen, dieser Kommission ihre beschlagnahmten Ausfälle und Forderungen zum Besten der gerichtlichen Vertreibung unnehr ungesäumt zu überreichen. Karlsruhe, den 22. Oktober 1849. Großh. bad. Kriegsministerium. A. v. Roggenbach.

G.152. [33]. Frankfurt a. M. Galons.

Neuester Besatz für Damenleider, Mantillen und Mäntel in reicher Auswahl bei Nuttmann & Baunach in Frankfurt a. M.

G.329. [21]. Karlsruhe. Möbel-Versteigerung.

Um mit einem Theil meines Magazins zu räumen, beabsichtige ich alle Sorten im besten Zustande sich befindender Möbel, Betten, Leppische, Kupfer- und Zinngeschirre, als: Kanapés, Stühle, Fauteuilles, Tische aller Arten, Secretaires, Kommoden, Pfeilertkommoden, Divetten, Bettlatten, Bettroste, Korbhaar-Matrasen, Hülsen, Kissen, Couverts, Plumeaux, wollene, baumwollene und Pflaudecken, Leppische f. Galons, Borstleppische, Borhänge, Spiegel aller Gattungen in Goldrahmen, einer öffentlichen Versteigerung gegen gleich baare Zahlung auszusetzen, welche

Montag, den 29. Oktober, Vormittags 9 Uhr, in meinem Geschäftslokale, alte Herrenstraße Nr. 15, beginnen und die folgenden Tage fortgesetzt wird, wozu ich hiermit einzuladen mich erlaube. Mein Verkaufs- und Vermietungs-Geschäft erleidet hierdurch keine Veränderung. A. D. Lebinger.

G.320. [2]. Karlsruhe. (Pferdeversteigerung)

Freitag, den 26. d. M., Vormittags 9 Uhr, werden in Gottesau vor den Reiterhallungen daselbst zwei austrangierte Dienstpferde gegen baare Bezahlung öffentlich versteigert. Karlsruhe, den 23. Oktober 1849. Großh. Kommando des Reiterdepots Nr. 3. A. A. Stomat, Regimentsquartiermeister.

G.321. [3].

Der Blumenkranz.

Unter diesem Titel erscheint in den ersten Tagen des künftigen Monats eine Volkschrift, welche das Schönste und Beste sowohl in Original, als aus ältern und neuern Schriften, zum Nutzen und Vergnügen des Volkes enthalten wird. Alle Gemeinden und Familien, alle geistlichen und weltlichen Behörden, alle Väter und Mütter, die aus wahren und reinem Herzen zur Veredelung und Verbesserung des Gemüthes ein Scherstein beitragen wollen, werden dieses Schriftchen sicherlich als eine willkommene Gabe annehmen und zu verbreiten suchen. Ihre kräftigste Unterstützung wird uns das Zeichen ihrer wahrhaft humanen Gesinnung seyn, und wir befürchten nicht, daß die dargebotene Hand, welche nur Gutes und Edles zu fördern strebt, mit Gleichgültigkeit, oder wohl gar mit Verachtung und Hohn von sich gewiesen werden wird.

Die Gelegenheit wird euch gereicht; darum zeigt jetzt, ihr wahrhaft treuen Männer und Frauen des Staates, ihr wahrhaft aufrichtigen Beamten des Landes, daß ihr es mit eurem Fürsten, eurem Vaterland, und euren Nächsten reblich meint, — zeigt, daß nicht Heuchelei, sondern ein wahrhaft edles Gefühl in euch wohnt, und wirkt, den guten Samen zu verbreiten, damit ihr und eure Nachkommen gute Früchte ärntet.

Die Herausgabe dieses Schriftchens, deren von Zeit zu Zeit mehrere nachfolgen sollen, wird durch kleine Geldbeiträge edler Männer und Frauen bestritten, und die Namen derselben in einer besondern Beilage durch alle Blätter des Landes veröffentlicht werden.

Durch die bereits erhaltenen freundlichen Gaben von Sr. Königl. Hoheit dem Großherzog Leopold, S. R. H. dem Erbgroßherzog Ludwig, S. G. H. dem Markgrafen Wilhelm von Baden, und verschiedenen Privatpersonen bin ich in den Stand gesetzt, auch Original-Beiträge, welche sich zu guten Volkschriften eignen, auf das Beste zu honoriren. Ein Exemplar dieser Volkschrift auf gutem weißem Druckpapier, mit deutlicher Schrift und 4—5 Bogen stark, kostet nur 6 Kreuzer, und 50 Exemplare 4 Gulden. Schriftliche Einsendungen an den Herausgeber bittet man zu frankiren. Karlsruhe, den 24. Oktober 1849.

Hermann Werthold.

Nähere Auskunft, so wie die Bedingungen können auf dem Garnisonsbureau erobden werden. Mannheim, den 24. Oktober 1849.

G.303. [32]. Menzingen. Mühle-Versteigerung.

Da bei der heute anderaumt gewordenen Tagfahrt zur Versteigerung der Mühle des Jakob Rupp dahier der Schätzungspreis nicht erreicht wurde, so wird zur anderweitigen Versteigerung Montag, den 12. November l. J., Mittags 12 Uhr,

auf diesem Rathhause anderaumt, und erfolgt der endgiltige Aufschlag, wenn auch unter dem Schätzungspreis geboten wird. Menzingen, den 22. Oktober 1849. Bürgermeisteramt. Vogel.

G.247. [32]. Nr. 6816. Freiburg. Eigenschafts-Versteigerung.

Aus der Gant des Joseph Ziegler, Bawirtsh zur Stadt Freiburg in Littenweiler, wird nachverzeichnetes Baubau und Galtbau

im Hause selbst öffentlich versteigert und endgiltig zugeschlagen, wenn der Schätzungspreis oder darüber erlöset seyn wird: Eine dreistöckige Behausung nebst Anbau, Stallung und Garten, ungefähr ein Jaukert groß, mitten im Dorf, sammt Baderichtung und der Wirtschaftsgerechtigkeit zur Stadt Freiburg, neben Johann Ruf's Witwe, Fridolin Beniz und Straße.

Anschlag 18,000 fl. Die Bedingungen werden am Versteigerungstage bekannt gemacht. Fremde Steigerer haben legale Vermögens- und Leumundzeugnisse vorzuweisen. Freiburg, den 20. Oktober 1849. Großh. bad. Landamtsrevisorat. Dienstverweser Roman.

G.304. [2]. Durlach. Verkaufs-Anzeige.

Aus der städtischen Strohhut-Fabrik dahier werden Donnerstag, den 1. November d. J., Morgens 8 Uhr,

im Lokale selbst folgende Gegenstände an die Meistbietenden verkauft: 269 Bündeln unverarbeitungtes gebleichtes Stroh, 423 1/2 Pfund zubereitetes Stroh zu Strohhüllen, 12 Pfund zubereitetes Stroh Nr. 1 zum Flechten, 39 " " " " " 2 " " " " " " " " 27 " " " " " 3 " " " " " " " " 319 " unverarbeitungtes Gebleichtes Stroh, 6 Büschel gefärbtes Stroh, und 255 " Spigenstroh zum Aedenanbinden. Durlach, den 22. Oktober 1849. Bürgermeisteramt. Pengel.

G.340. [31]. Nr. 341. Ottersweier. Kapitalgesuch.

Die Gemeinde Ottersweier im Amte Bühl wünscht ein Kapital von 7100 fl. mit Staatsgenehmigung auf Pfandurkunde aufzunehmen, wofür mehr als ein doppelteltes Unterpfand in planmäßig angelegten Wiesen, zu dem man den Plan vorlegen, gegeben werden kann.

Die Herren Kapitalisten oder löbliche Verrechnungen, welche etwa geneigt wären, dieses Anliegen zu geben, werden gebeten, dieses dem unterzogenen Bürgermeisterramt mitzutheilen. Ottersweier, den 22. Oktober 1849. Bürgermeisteramt. Pengel.

G.343. [31]. Mannheim. (Fourrage-Lieferung.)

Freitag, den 2. November d. J., Vormittags 10 Uhr, wird die Lieferung der Fourrage bis Ende Dezember d. J. für die in Schwetzingen fantonnirte königlich preussische Reiterrei im Sommissionswege an den Wenigstfordernden begeben.

Die Auftragsenden werden daher eingeladen, ihre beschlagnahmten Angebote versiegelt mit der Beschriftung: „Fourrage-Lieferung für Schwetzingen“, beim großh. Garnisonsbureau in Mannheim abzugeben und bei der Eröffnung persönlich zu erscheinen. Mannheim, den 2. Oktober 1849.

G.176. [33]. Nr. 5163. Bühl. (Erdbverlebung.)

Joseph Schud, Bürger und Schmiedemeister von Ottersweier, welcher vor mehreren Jahren nach Nordamerika gezogen, und seit dieser Zeit über seinen Aufenthaltsort, so wie über sein Leben keine Nachricht gegeben, ist zur Erbschaft seines am 15. Januar 1849 verstorbenen Kindes, Ferdinand Schud von Ottersweier, berufen, und wird daher ammit aufgefördert, seine Erbschaftsprüfung binnen drei Monaten dahier geltend zu machen, widrigenfalls die Erbschaft

G.342. [31]. Nr. 14,001. Borsberg. (Auf-forderung.)

In der Gemeinde Borsberg wurden im Frühjahr 1849 sämtliche Handbücher und die Grundbücher mit Ausnahme des letzten Theiles vernichtet. Der mit der Wiederherstellung dieser Bücher beauftragte Heilungskommissar E. Dhwald wurde durch Regierungserlass vom 28. Juni d. J., Nr. 12,533, seines Auftrags entbunden, und durch weitem Regierungserlass vom 1. d. M., Nr. 20,452/55, verunterzeichnete Anweisung zum Kommissar für diese Erneuerung ernannt.

Es werden daher alle diejenigen, welche Eigenthumsansprüche so wie liegenschaftliche Rechte aller Art an Grundstücken der Gemarung Borsberg zu machen haben, aufgefordert, dieselben binnen zwei Monaten, und diejenigen, welche Unterpfands- und Vorzugsrechte auf Eigenschaften der Gemarung anzusprechen haben, binnen drei Monaten, beides von Mittwoch, den 31. Oktober d. J. an gerechnet, je Mittwoch, Donnerstag und Freitag auf dem Rathhause zu Borsberg unter Vorlage ihrer Beweisurkunden oder beglaubigter Abschriften von denselben mündlich oder schriftlich, persönlich oder durch gehörig Bevollmächtigte anzuzeigen, indem sie im Falle der Unterlassung die ihnen zugehenden Nachtheile sich selbst zuzuschreiben haben würden. Borsberg, den 19. Oktober 1849. Großh. bad. Bezirksamt. Fischer.

G.289. [2]. Nr. 4284. Bretten. (Dienst-antrag.)

Durch Förderung des ersten Gehilfen ist dessen Stelle mit einem Gehalt von 500 fl. erledigt und gleich wieder zu befüllen. Die besichtigten Bewerber wollen sich alsbald anher melden. Bretten, den 19. Oktober 1849. Großh. bad. Domänenverwaltung.

lediglich denen zugetheilt werden müßte, welchen sie zuläme, wenn Joseph Schud zur Zeit des Erbanfalls nicht mehr am Leben gewesen wäre. Bühl, den 17. Oktober 1849.

G.257. [32]. Nr. 12,590. II. Nr. Senat. Offen-burg. (Bekanntmachung.)

Die Beilegung des Obergerichts-advokaten Eberlein in Mosbach an der letzten Empörung betr. Die mit Verfügung vom 25. v. M., Nr. 11,421, II. Nr. Sen., gegen Obergerichtsadvokaten Eberlein zu Mosbach verhängte Suspension von der Advokatur wird demit hiermit aufgehoben. Mannheim, den 20. Oktober 1849. Großh. bad. Hofgericht des Unterrheinkreises. v. Kettner.

G.346. Nr. 28,073. Waldshut. (Bekannt-machung.)

der Bankiers Erzbberger und Schmidt in Augsburg, Al., gegen die mechanische Weberei Dingens, resp. deren Theilhaber J. B. Grasselli u. Comp., Forderung betreffend, Beschluß.

Werden die Beklagten C. E. v. Bartholomä, Joseph und Heinrich Mayer, und J. B. Grasselli mit allen Beweismitteln demit angeschloffen. Waldshut, den 25. August 1849. Großh. bad. Bezirksamt. Acher.

Nr. 30,065. Da der jetzige Aufenthaltsort des Mitbeteiligten C. E. v. Bartholomä unbekannt ist, so wird ihm vorstehende Verfügung auf diesem Wege bekannt gemacht. Waldshut, den 20. Oktober 1849. Großh. bad. Bezirksamt. Acher.

G.345. Nr. 28,711. Staufen. (Versäu-mungserkenntnis.)

großh. General-Staatskasse in Karlsruhe gegen den praktischen Arzt Neumaier in Krotzingen. Da der Bekante in der heutigen Tagfahrt ausgeblieben ist, ergeht auf Antrag der Klägerin und auf den Grund des angebotenen Rechtsnachweises Beschluß.

In Sachen u. f. w. wird der thatsächliche Inhalt der Klage für zugestanden angenommen, jede Schwere für verkannt erklärt und zu Rcht erkannt: Es sey der Beklagte schuldig, der Klägerin innerhalb 14 Tagen bei Zwangsvermeidung 157 fl. sammt Zins vom 2. Juli d. J. zu zahlen und die Kosten dieses Rechtsstreits zu tragen. Retner habe der auf seine zurückgelassenen Fahrnisse zu Gunsten der Klägerin gelegte Arrest fortzudauern. S. R. M.

Staufen, den 19. Oktober 1849. Großh. bad. Bezirksamt. W. Meier.

G.308. [32]. Nr. 28,326. Mosbach. (Be-dingter Zahlungsbescheid.)

Simon Göß von Raßenthal gegen Johann Anton Göß von da. p. deb. Auf Bitte des Klägers um bedingten Zahlungsbescheid wird verurteilt:

Wird dem Beklagten aufgegeben, den Kläger für seine Forderung auf 150 fl. Darlehen nebst 5 % Zinsen vom 4. Februar 1847 binnen 21 Tagen entweder zu befriedigen, oder seine Verbindlichkeit zu widerrufen, indem sonst auf Anrufen, falls solches binnen weitem 3 Monaten erfolgt, die Forderung für zugestanden erklärt werden würde. Da der Beklagte schuldig ist, wird ihm Vorstehendes auf diesem Wege eröffnet.

Mosbach, den 17. Oktober 1849. Großh. bad. Bezirksamt Neudenau. B. Odemüller.

G.266. [32]. Nr. 16,330. Engen. (Schulden-liquidation.)

mehrerer Gläubiger gegen Anton Heinemann in Engen, Forderung betr.

hat man unterm 8. Juni d. J. die Gant eröffnet, und zum Schuldenrichtigstellenden- und Vorzugsverfahren auf Mittwoch, den 14. November d. J., früh 8 Uhr,

Tagfahrt angeordnet; es werden nun alle diejenigen, welche aus was immer für einem Grunde Ansprüche an diese Gantmasse machen wollen, ammit aufgefördert, solche in der angezeigten Tagfahrt bei Vermüdung des Ausschusses von der Gant, persönlich oder durch gehörig Bevollmächtigte, schriftlich oder mündlich anzumelden, und zugleich die etwa geltend zu machenden Vorzugs- und Unterpfandsrechte zu bezeichnen, und zwar unter gleichzeitiger Vorlegung der Beweisurkunden oder Antreibung des Beweises mit andern Beweismitteln.

Zugleich wird angezeigt, daß nach Umständen in der Tagfahrt ein Pfandpfleger und Gläubigerausschuß ernannt, auch Borge- und Nachschußvergleiche versucht werden sollen, mit dem Besatze, daß in Bezug auf Borgevergleiche und Ernennung des Pfandpflegers und Gläubigerausschusses die Richtermeinungen als der Mehrheit der Ertrichtenen beiträgend angesehen werden. Engen, den 12. Oktober 1849. Großh. bad. Bezirksamt. Dr. Scherer.

G.289. [2]. Nr. 4284. Bretten. (Dienst-antrag.)

Durch Förderung des ersten Gehilfen ist dessen Stelle mit einem Gehalt von 500 fl. erledigt und gleich wieder zu befüllen. Die besichtigten Bewerber wollen sich alsbald anher melden. Bretten, den 19. Oktober 1849. Großh. bad. Domänenverwaltung.